



## **Sessionsbericht der Sommersession 2014**

### **Bundesrat und Parlament wollen Lösungen für EU-Programme**

Bundesrat und Parlament ziehen am gleichen Strick wenn es darum geht, möglichst rasch Lösungen für die unterbrochenen Verhandlungen über die Beteiligung der Schweiz an den Bildungs- und Forschungsprogrammen der Europäischen Union (EU) zu finden. Mit einer Motion fordern National- und Ständerat die Regierung auf, weiterhin die volle Assoziierung an Erasmus+ und Horizon 2020 zu verfolgen. In der Zwischenzeit soll der Bundesrat Übergangslösungen für Studierende und Forschende realisieren. Im Parlament ist der Wille spürbar, die Blockade zu lösen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Petra Studer, [petra.studer@netzwerk-future.ch](mailto:petra.studer@netzwerk-future.ch)

### **Entscheide des Parlaments**

#### **Materielle Harmonisierung der Stipendien bleibt umstritten**

Die Stipendieninitiative ([13.058](#)) des Verbandes der Schweizer Studierendenschaften (VSS) geht zu weit. Darin sind sich National- und Ständerat einig und lehnen die Volksinitiative ab. Wie genau jedoch der indirekte Gegenvorschlag aussehen soll, ist zwischen den beiden Kammern umstritten. Der Gegenvorschlag will mittels einer Revision des Ausbildungsbeitragsgesetzes die Harmonisierungsbemühungen der Kantone unterstützen. So sollen künftig nur noch diejenigen Kantone Bundesbeiträge für Stipendien erhalten, welche die formellen Bedingungen des interkantonalen Stipendienkonkordats einhalten. Mit dieser Stossrichtung sind beide eidgenössischen Räte einverstanden.

Doch der Nationalrat will einen minimalen Höchstansatz für Stipendien festlegen und so auch eine materielle Harmonisierung erreichen. Dies geht dem Ständerat zu weit: Mit 23 zu 16 Stimmen bei 1 Enthaltung sprach er sich dagegen aus. Der Nationalrat hielt in der Sommersession jedoch an seiner Forderung fest. Die Kantonsvertreter werden sich deshalb in der Herbstsession erneut mit dem Thema befassen müssen. Die Behandlungsfrist der Stipendieninitiative wurde hierfür bis am 20. Juli 2015 verlängert.

Vom Tisch ist hingegen der Vorschlag des Nationalrats, den Verteilmodus der Bundesbeiträge zu verändern: Im März stimmte noch eine Mehrheit der grossen Kammer für eine Verteilung nach Massgabe der effektiv ausbezahlten Stipendien, anstatt wie bisher anhand der Wohnbevölkerung. Der Ständerat lehnte diesen Systemwandel mit 21 zu 20 Stimmen knapp ab. Im Weiteren sind die Kantonsvertreter gegen die Ausdehnung des Ausbildungsbeitragsgesetzes auf die höhere Berufsbildung. Der Nationalrat lenkte ein. Mit 18 zu 14 Stimmen bei 1 Enthaltung lehnten die Ständerätinnen und Ständeräte ausserdem eine Motion ([14.3006](#)) für eine höhere finanzielle Beteiligung des Bundes an den kantonalen Stipendien ab. Der Vorstoss ist somit erledigt.

Protokoll des Ständerats vom [5. Juni 2014](#)

Protokoll des Nationalrats vom [12. Juni 2014](#)

## **EU-Programme: Parlament unterstützt Studierende und Forschende**

National- und Ständerat haben ein starkes Zeichen gesetzt: Nach den sistierten Verhandlungen über die Beteiligung der Schweiz an den europäischen Bildungs- und Forschungsprogrammen fordern sie Lösungen vom Bundesrat. Beide Kammern haben die Kommissionsmotion «Erasmus+ und Horizon 2020. Klarheit für Studierende, Forscher, Hochschulen und Unternehmen schaffen» ([14.3291](#)) deutlich angenommen. Auch der Bundesrat unterstützt den Vorstoss.

Die Motion verlangt vom Bundesrat, sich mit aller Kraft für eine möglichst baldige Assoziierung der Schweiz an Erasmus+ und Horizon 2020 einzusetzen. Gleichzeitig soll die Regierung unter der Verwendung der Schweizer Programmbeiträge Übergangslösungen realisieren und damit die negativen Auswirkungen der Nichtbeteiligung für Studierende und Forschende mildern. Auch mögliche Zusatzfinanzierungen sollen geprüft werden.

Ebenso überwies National- und Ständerat eine Kommissionsmotion an den Bundesrat, die Massnahmen zur Linderung des Fachkräftemangels nach der Annahme der Initiative gegen Masseneinwanderung fordert ([14.3009](#)). Die Regierung ist unter anderem aufgefordert, im Rahmen ihrer hochschulpolitischen Aktivitäten ein Schwergewicht auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu legen.

Protokoll des Nationalrats vom [12. Juni 2014](#) (Erasmus+ und Horizon 2020)

Protokoll des Ständerats vom [16. Juni 2014](#) (Erasmus+ und Horizon 2020)

Protokoll des Nationalrats vom [12. Juni 2014](#) (Fachkräfte)

Protokoll des Ständerats vom [16. Juni 2014](#) (Fachkräfte)

## **Weiterbildungsgesetz nimmt Arbeitgeber in die Pflicht**

Die eidgenössischen Räte haben in der Sommersession die letzten Differenzen im Weiterbildungsgesetz (WeBiG) ([13.038](#)) aus dem Weg geräumt. Die Debatten drehten sich um die Verantwortung der Arbeitgeber für die Weiterbildung ihrer Angestellten. Der Ständerat hielt daran fest, dass die Arbeitgeber die Weiterbildung ihrer Angestellten zu begünstigen haben. In der zweiten Sessionswoche lenkte auch der Nationalrat ein.

Uneinig waren sich die beiden Kammern auch über die Formulierung der Wettbewerbsbedingungen, die für Weiterbildungsangebote zu gelten haben. Der Ständerat brachte einen Kompromissvorschlag ein, wonach öffentliche und private Anbieter von Weiterbildungen ihre Lehrgänge zu kostendeckenden Preisen anbieten müssen. Dieser Formulierung stimmten schliesslich auch die Mitglieder des Nationalrats zu. Mit dem bereinigten WeBiG liegt nun ein schlankes Rahmengesetz zur Umsetzung des 2006 in der Verfassung aufgenommenen Bildungsartikels vor.

Protokoll des Ständerats vom [5. Juni 2014](#)

Protokoll des Nationalrats vom [12. Juni 2014](#)

## **Nationalrat fordert weniger enge Grenzen für Präimplantationsdiagnostik**

Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat für die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID) ([13.051](#)) ausgesprochen. Die grosse Kammer fordert aber weniger enge Grenzen für die Untersuchung von in vitro gezeugten Embryos als die Kantonsvertreter. So soll die PID nicht nur auf Paare beschränkt sein, die ein besonders hohes Risiko für Erbkrankheiten haben. Ausserdem stimmten die Nationalrätinnen und Nationalräte mit 117 zu 70 Stimmen bei 3 Enthaltungen gegen eine Beschränkung der Anzahl Embryos, die ausserhalb des Mutterleibs entwickelt werden dürfen. Bundesrat und Ständerat hatten zuvor numerische Obergrenzen festgelegt.

Im Weiteren sprach sich die Mehrheit des Nationalrats für die Zulassung des sogenannten «Aneuploidie-Screenings» aus, mit dem Embryonen auf numerische Chromosomenstörungen untersucht werden können. Damit wäre es möglich, Embryos mit Behinderungen auszusondern.

Hingegen sprach sich das Plenum mit 108 zu 79 Stimmen bei 4 Enthaltungen gegen die Zulassung sogenannter «Retterbabys» aus. Dabei würden Embryos aufgrund ihres Genmaterials ausgesucht, um später mit Zellspenden einem kranken Geschwister helfen zu können. Der Ständerat wird sich voraussichtlich im Herbst wieder mit dem Gesetzesentwurf auseinandersetzen.

Protokoll des Nationalrats vom [3. Juni 2014](#)

### **Ausserdem haben die Parlamentarierinnen und Parlamentarier...**

... im Ständerat die Motion für gerechte ETH-Studiengebühren ([13.4008](#)) der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) abgelehnt. Der Vorstoss sollte den Eidgenössischen Technischen Hochschulen in Lausanne und Zürich ermöglichen, differenzierte Gebühren für Studierende zu erheben, deren Eltern nicht in der Schweiz steuerpflichtig sind. Der Bundesrat will im Rahmen der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017 bis 2020 eine Lösung vorschlagen.

... in National- und Ständerat dem Nachtrag I zum Voranschlag des Bundesbudgets 2014 ([14.007](#)) in der Höhe von 131 Millionen Franken zugestimmt. Darin enthalten ist auch ein Mehrbedarf für Investitionen an den Fachhochschulen im Umfang von 50 Millionen Franken.

... im Nationalrat die Ecopop-Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» ([13.086](#)) für gültig erklärt. Die grosse Kammer lehnt das Volksbegehren aber deutlich ab, wie zuvor auch der Ständerat.

... im Ständerat den Leistungsbericht des ETH-Rats ([13.081](#)) für die Periode 2008 bis 2012 einstimmig genehmigt.

[{Top}](#)

### **Vom Bundesrat beantwortet**

#### **Erasmus plus. Beschränkung auf den Studentenaustausch**

Interpellation [14.3069](#) von Nationalrat Lukas Reimann (SVP). Eingereicht am 12. März 2014. Der Bundesrat hat am 21. Mai 2014 darauf geantwortet.

#### **Universalismus in der Forschungs- und Bildungsaussenpolitik**

Interpellation [14.3083](#) von Nationalrat Felix Müri (SVP). Eingereicht am 12. März 2014. Der Bundesrat hat am 14. Mai 2014 darauf geantwortet.

#### **Bildungs- und Forschungsplatz Schweiz gegen Liga-Abstieg sichern**

Motion [14.3103](#) der SP-Fraktion. Eingereicht am 17. März 2014. Der Bundesrat hat am 21. Mai 2014 die Ablehnung der Motion beantragt.

#### **Hausgemachter Fachkräftemangel im Gesundheitswesen**

Interpellation [14.3112](#) von Nationalrat Jürg Stahl (SVP). Eingereicht am 18. März 2014. Der Bundesrat hat am 14. Mai 2014 darauf geantwortet.

### **Erasmus. Hohe Kosten und wenige Teilnehmer**

Interpellation [14.3115](#) von Nationalrat Lorenzo Quadri (Lega). Eingereicht am 18. März 2014.  
Der Bundesrat hat am 14. Mai 2014 darauf geantwortet.

### **Verschärfung des Mint-Fachkräftemangels durch die Masseneinwanderungs-Initiative**

Interpellation [14.3118](#) von Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (CVP). Eingereicht am 19. März 2014.  
Der Bundesrat hat am 14. Mai 2014 darauf geantwortet.

### **Zulassung zum Fachhochschulstudium mit gymnasialer Matura**

Interpellation [14.3150](#) von Ständerat Ivo Bischofberger (CVP). Eingereicht am 19. März 2014.  
Der Bundesrat hat am 14. Mai 2014 darauf geantwortet.

### **Wie attraktiv sind die ETH Lausanne und Zürich für ausländische Studierende?**

Interpellation [14.3160](#) von Nationalrat Jean-Paul Gschwind (CVP). Eingereicht am 20. März 2014.  
Der Bundesrat hat am 14. Mai 2014 darauf geantwortet.

### **Anreize zur Verminderung des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen schaffen**

Motion [14.3162](#) von Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (CVP). Eingereicht am 20. März 2014.  
Der Bundesrat hat am 21. Mai 2014 die Ablehnung der Motion beantragt.

### **Wie ist es um das Austauschprogramm Magellan bestellt?**

Interpellation [13.3198](#) von Nationalrat Laurent Favre (FDP). Eingereicht am 20. März 2014.  
Der Bundesrat hat am 14. Mai 2014 darauf geantwortet.

### **Umsetzung des Humanforschungsgesetzes. Quo vadis?**

Anfrage [14.1013](#) von Nationalrätin Kathy Riklin (CVP). Eingereicht am 20. März 2014.  
Der Bundesrat hat am 28. Mai 2014 darauf geantwortet.

### **Der Schweizerische Innovationspark, die Basis der Schweizer Wirtschaft und die Fachhochschulen**

Interpellation [14.3206](#) von Ständerat Hans Stöckli (SP). Eingereicht am 20. März 2014.  
Der Bundesrat hat am 14. Mai 2014 darauf geantwortet.

### **Zukunft der biomedizinischen Forschung und Technologie**

Interpellation [14.3244](#) von Nationalrätin Bea Heim (SP). Eingereicht am 21. März 2014.  
Der Bundesrat hat am 28. Mai 2014 darauf geantwortet.

## **Die Schweiz muss mehr Ärztinnen und Ärzte ausbilden. Aktueller Stand und Ausblick**

Interpellation [14.3245](#) von Nationalrätin Bea Heim (SP). Eingereicht am 21. März 2014.  
Der Bundesrat hat am 21. Mai 2014 darauf geantwortet.

## **Studierende und Forscher nicht doppelt bestrafen**

Interpellation [14.3275](#) von Nationalrat Jacques-André Maire (SP). Eingereicht am 21. März 2014.  
Der Bundesrat hat am 21. Mai 2014 darauf geantwortet.

[{Top}](#)

## **Neu eingereichte Vorstösse**

### **Internationales Hochschulzentrum für Finanz- und Bankenwissenschaften**

Postulat [14.3427](#) von Nationalrat Hans-Peter Portmann (FDP). Eingereicht am 11. Juni 2014.

### **3. Bologna Zyklus an Fachhochschulen. Beitrag zu Nachwuchsförderung und Innovation**

Anfrage [14.1037](#) von Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP). Eingereicht am 13. Juni 2014.

### **Missbräuchlicher Umgang mit Forschungsdaten bei Publikationen aus Nationalfondsprojekten an der Medizinfakultät der Uni Zürich. Unverzügliches Handeln ist geboten**

Interpellation [14.3457](#) von Nationalrat Oskar Freysinger (SVP). Eingereicht am 17. Juni 2014.

### **Lissabonner Abkommen. Bundesgerichtsentscheid mit Folgen für die Autonomie der Hochschulen?**

Interpellation [14.3466](#) von Nationalrätin Kathy Riklin (CVP). Eingereicht am 18. Juni 2014.

### **Provenienzforschung wirksam fördern**

Motion [14.3069](#) von Nationalrat Alexander Tschäppät (SP). Eingereicht am 19. Juni 2014.

### **Zugang zu einer Schweizer Universität nach Entscheid des Bundesgerichts**

Interpellation [14.3548](#) von Nationalrat Christophe Darbellay (CVP). Eingereicht am 19. Juni 2014.

## **Beweislasterleichterung für Versuchspatienten. Artikel 19 Humanforschungsgesetz**

Motion [14.3559](#) von Nationalrätin Margrit Kessler (GLP). Eingereicht am 19. Juni 2014.

## **Privates Sponsoring an den ETH: Es ist Zeit zu handeln!**

Interpellation [14.3565](#) von Nationalrat Mathias Reynard (SP). Eingereicht am 19. Juni 2014.

## **Den Anteil privater Gelder im Budget der ETH begrenzen**

Motion [14.3566](#) von Nationalrat Mathias Reynard (SP). Eingereicht am 19. Juni 2014.

## **Transparenz bei privater Finanzierung von Bildung und Forschung an den ETH**

Motion [14.3567](#) von Nationalrat Mathias Reynard (SP). Eingereicht am 19. März 2014.

## **Sicherung der Freiheit von Bildung und Forschung an universitären Institutionen mit Förderungen des SNF anlässlich eines jüngsten Falls**

Interpellation [14.3580](#) von Ständerat Luc Recordon (Grüne). Eingereicht am 19. Juni 2014.

## **Keine Wettbewerbsnachteile für Schweizer KMU im EU- Forschungsprogramm Horizon 2020**

Interpellation [14.3600](#) von Nationalrat Roland Fischer (GLP). Eingereicht am 20. Juni 2014.

## **Transparenz bei Drittmitteln für Forschung und Lehre an ETHs, Unis und Fachhochschulen**

Postulat [14.3620](#) von Nationalrätin Aline Trede (Grüne). Eingereicht am 20. Juni 2014.

## **Offenlegung und verbindliche Überprüfung von Nebenämtern und - beschäftigungen sowie finanziellen Beteiligungen von leitenden ETH- Angestellten in Unternehmen**

Motion [14.3621](#) von Nationalrätin Maya Graf (Grüne). Eingereicht am 20. Juni 2014.

## Kontakt

Netzwerk FUTURE  
Münstergasse 64/66, 3011 Bern  
Tel. 031 351 88 46, Fax 031 351 88 47  
[info@netzwerk-future.ch](mailto:info@netzwerk-future.ch)  
[www.netzwerk-future.ch](http://www.netzwerk-future.ch)

++++++  
Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.  
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI)  
und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.  
++++++

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

24. Juni 2014

Sie sind bei uns mit der E-Mail-Adresse [info@sengerinteractive.ch](mailto:info@sengerinteractive.ch) eingetragen.  
Ihre Daten können Sie >> [hier ändern](#)  
Sie möchten keine weiteren Informationen per E-Mail erhalten? >> [abmelden](#)